

## Bericht: *"Tag behinderter Menschen im Bayerischen Landtag"*

Am Donnerstag, den 15. April 2010, fand im Bayerischen Landtag ein Tag behinderter Menschen statt.

Nach dem Einchecken, dem Ausweisen, Abgeben der Garderobe und dem Zuordnen zu Arbeitsgruppen folgte die Übergabe der Arbeitsmappen inklusive der Unterlagen zum Bayerischen Behindertengleichstellungs-Gesetz (BayBGG). Sie dienten als Arbeitsgrundlage des Tages.

Nach einem kleinen Frühstück trafen sich um 10 Uhr alle Teilnehmer im voll besetzten Plenarsaal und tauchten ein in eine heitere Willkommensatmosphäre.

Gastgeberin und Initiatorin zu diesem Tag war die Präsidentin des Bayerischen Landtags, Frau Barbara Stamm MdL.

Die Beauftragte der Bayerischen Staatsregierung für Belange von Menschen mit Behinderungen, Frau Irmgard Badura, sprach als zweite Initiatorin das Grußwort.

Weitere Anwesende waren:

Die Mitglieder des Präsidiums

Die Vorsitzenden der Landtagsfraktionen

Die Vertreter aller fünf Fraktionen im Ausschuss für Soziales, Familie und Arbeit:

Herr Joachim Unterländer (CSU), Frau Christa Steiger (SPD), Herr Prof. Dr. Bauer (Freie Wähler), Frau Brigitte Ackermann (Bündnis 90 / Die Grünen), Frau Brigitte Meyer (FDP).

Erschienen waren Vertreter der Verbände:

Frau Konstanze Riedmüller vom Landesverband Bayern für Körper- und Mehrfachbehinderte.

Herr Reinhard Kirchner, Geschäftsführer der Selbsthilfe LAG Bayern

Herr Jürgen Auer, Landesgeschäftsführer der Lebenshilfe Bayern

Frau Claudia Spiegel, Referentin für Sozialpolitik beim VdK Bayern.

Anwesend waren auch Damen und Herren von der Presse, Moderator war Herr Dominik Schott.

Es erschienen 300 Gäste aus ganz Bayern; Wahlkreisabgeordnete, Menschen mit den unterschiedlichsten Behinderungen, ihre Begleiter, Sprecher von weiteren Verbänden, u. a. Herr Manfred Hartmann, Vorsitzender vom Landesverband Bayern der Schwerhörigen und Ertaubten.

Die Veranstaltung war eine Premiere im Bayerischen Landtag.

In ihrer Begrüßungsrede erläuterte die Landtagspräsidentin, wie sie vor etwa drei Jahren von der Teilnahme am Tag behinderter Menschen im Landtag Baden-Württemberg sehr begeistert war, der dort bereits zum fünften Mal stattfand.

So stand für Frau Stamm schon beim Amtsantritt im Maximilianeum fest, einen Tag behinderter Menschen im Bayerischen Landtag durchzuführen.

Die Landtagspräsidentin hob das im Jahre 2003 verabschiedete und verbindliche Bayerische Gesetz zur Gleichstellung, Integration und Teilhabe von Menschen mit Behinderung (Bayerisches Behindertengleichstellungsgesetz - BayBGG) hervor. Die ebenfalls im Vorfeld entstandene UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) sei im Dezember 2006 in New York verabschiedet worden. In Deutschland ist sie zwei Jahre nach ihrer Unterzeichnung im März 2009 in Kraft getreten und fortan rechtsverbindlich. Sie hat den Status eines Bundesgesetzes.

Der UN-Konvention liegt ein **Verständnis von Behinderung** zugrunde, das jede Form von körperlicher, seelischer, geistiger oder Sinnesbeeinträchtigung als normalen Bestandteil menschlichen Lebens und menschlicher Gesellschaft ausdrücklich bejaht.

Die UN-Behindertenrechtskonvention richtet sich in erster Linie an den Staat, den sie in die Pflicht nimmt, die Menschenrechte zu achten, die betroffenen Menschen vor drohenden Rechtsverletzungen durch Dritte aktiv zu schützen und Infrastrukturmaßnahmen zu ergreifen, mit der Bereitschaft zur Übernahme der Kosten, um die Lebensqualität von Menschen mit Behinderungen zu verbessern bzw. zu sichern.

Die UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) und das Bayerische Behindertengleichstellungsgesetz (BayBGG) gehen in ihrer Fassung mit der Idee der **Inklusion** einen Schritt über die Integration hinaus.

**Integration** geht aus von einer außen stehenden Gruppe, einer Randgruppe, die in die Gesellschaft hereingeholt werden soll. Hierzu dienen verschiedene Maßnahmen und Aktionen, ohne die Zielgruppe an den Planungen zu beteiligen. Ziel ist die Wiederherstellung einer Einheit. Der Behinderte soll sich unauffällig in die Gesellschaft eingliedern. In dieser Fassung war und ist die Unabhängigkeit, Entscheidungsfreiheit und die Identität der Betroffenen nicht inbegriffen. **Inklusion** bedeutet dagegen, die vollumfängliche Teilhabe (**Partizipation**) und Chancengleichheit aller Menschen, ob behindert oder nicht behindert. Inklusion bedeutet auch das Einschließen aller Behinderungen in die Planungen und die Organisation des gesellschaftlichen Lebens. Inklusion sieht vor, dass Menschen mit Behinderungen ohne große Schwierigkeiten und im Wesentlichen ohne fremde Hilfe selbständig am Leben teilhaben können, bei gleichzeitiger Wahrung ihrer Autonomie und Entscheidungsfreiheit. Die Achtung vor der Unterschiedlichkeit von Menschen mit Behinderungen und die Akzeptanz dieser Menschen als Teil der menschlichen Vielfalt und als Quelle möglicher kultureller Bereicherung bewahrt die Identität behinderter Menschen; steht in der Präambel.

Frau Stamm bezeichnete den Landtag als eine "*Werkstatt der Demokratie*", das bedeute für sie und ihre MitarbeiterInnen: Informieren, das Aktuelle und das Zukünftige diskutieren und um Lösungen ringen, das bedeute auch aktiv Zuhören, Verstehen durch Verarbeiten und in der Folge handeln. Sie bekräftigte ihren Wunsch nach einer Kommunikation in alle Richtungen, weil sie im Landtag die unterschiedlichen Sichtweisen benötigten, um im Sinne von Chancengleichheit, Teilhabe und Inklusion handeln zu können.

Die Gastgeberin interessierte, inwieweit das Bayerische Behindertengleichstellungsgesetz bzw die Behindertenrechtskonvention auf Landes-, Bezirks- und Kreisebene vor allem auf kommunaler Ebene umgesetzt wird: "*Was hat sich bisher getan?*"

Sie bekundete Interesse zum einen an physikalischen, technischen und bürokratischen Hürden, zum anderen aber auch an mentalen Hürden durch Vorurteile, fixierende Denkgewohnheiten und Unwissenheit.

Die Landtagspräsidentin übergab das Wort an Frau Badura, die Beauftragte der Bayerischen Staatsregierung für Belange von Menschen mit Behinderungen.

Frau Badura sprach in ihrem Grußwort von einem "Bewusstseinswandel auf Bayerns politischer Ebene" der sich in einem gesteigerten Interesse in verschiedene Richtungen äußere, zum Beispiel an dem im Jahr 2003 verabschiedeten Bayerischen Gesetz zur Gleichstellung Integration und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen (BayBGG), an der Expertenanhörung und die daraus resultierende Befassung im Ausschuss für Soziales, Familie und Arbeit.

Das, so Frau Badura, *"ist der Weg, den wir einschlagen müssen, damit die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen" als übergeordnete Zielsetzung und vor allem "unser Bayerisches Behindertengleichstellungsgesetz gelebt wird"*.

In diesem Zusammenhang ist von Inklusion die Rede.

Frau Badura erwähnt, die zurzeit große Diskrepanz zwischen Angebot und Nachfrage, sei ein Hinweis dafür, dass die Umsetzung des Begriffes **Inklusion** eine große Herausforderung für alle Beteiligten sein wird. Sie hebt hervor, dass häufig *"nicht das nicht wollen sondern das nicht wissen wie"* problematisch ist.

Um diesem Ziel näher zu kommen, ist mit dem Tag für Menschen mit Behinderungen ein Forum eingerichtet worden, auf dem die Betroffenen und Abgesandten mit ihren unterschiedlichen Problemen, Wünschen und Lösungsvorschlägen gehört werden. Dieser erste Dialog, da war sich Frau Badura sicher, wird wieder als ein Baustein dazu beitragen und weist auf die Beteiligung der Wählerinnen und Wähler im Gestaltungsbereich Politik hin, die *"das Interesse der Volksvertreter auf das Thema Behinderungen"* stärkt.

Mit dem Auftrag, in diesem Sinne in den Wahlkreisen, Kommunen, den Verbänden und Selbsthilfegruppen zu arbeiten, entließ sie uns in die Arbeitsgruppen für die Bereiche

- o Arbeit 1 + 2
- o Bildung
- o Wohnen und Freizeit
- o Barrierefreiheit

Guppenleiterin für den Bereich Barrierefreiheit war Frau Christa Steiger von der SPD-Fraktion. Die Gruppe tagte im Lesesaal des Hauses, mit etwa 80 Teilnehmern.

Der vollumfänglichen Teilhabe (Partizipation) von Menschen mit Behinderung stehen unterschiedliche Hürden, genannt Barrieren, entgegen. Wir unterscheiden physikalische Barrieren und mentale Barrieren. Physikalische Barrieren sind z.B. Bauten wie Gebäude und Anlagen oder Straßen aber auch technische Einrichtungen wie Fahrzeuge, Signalanlagen und Lautsprecheranlagen.

Zu den mentalen Hürden, den so genannten Barrieren in den Köpfen, zählen sowohl Vorurteile, fixierende Denkmuster und bürokratische Vorschriften, als auch Unwissenheit und Fehlinformationen.

Nach einer kurzen Hinführung zum Thema und zu organisatorischen Bedingungen waren Wortmeldungen bis zu einer Dauer von drei Minuten möglich. Es meldeten sich zahlreiche Teilnehmer mit den verschiedensten Behinderungen zu Mängeln und Unzulänglichkeiten aus ihrem Alltag, zum Beispiel:

- fehlende Aufzüge oder Rampen zu Gebäuden
- zu enge Türen in Gebäuden z.B. Toilettentüren
- zu wenige behindertengerechte Wohnungen
- fehlende Aufzüge an Bahnhöfen
- unverständliche Durchsagen z.B. in Bahnhöfen
- mangelhafte Ausstattungen im Gesundheitswesen
- der schlechte Umgangston in Krankenhäusern gegenüber behinderten Menschen, z.B. nicht eingehen auf deren Bedürfnisse.
- fehlende akustische Signaleinrichtungen an Straßenkreuzungen für Blinde,
- ungeeignete Wahlunterlagen für Blinde
- Vorlegen von Gesetzestexten und Dokumenten in für Blinde ungeeigneter Form.
- nicht enden wollender Hürdenlauf bei Behörden wegen buchstabengetreuer, diskriminierender Auslegung von Gesetzestexten.
- Schwierigkeiten bei Versicherungen
- Diskriminierungen im familiären bzw häuslichen Bereich.

Von der Gruppe der Schwerhörigen und Ertaubten gab es darüber hinaus Wortmeldungen über mangelnde akustische Einrichtungen.

Vor allem auf kommunaler Ebene fehlen vielfach induktive Anlagen zur Verbesserung der kommunikativen Situation schwerhöriger Menschen in:

- Bildungseinrichtungen
- öffentlichen Ämtern mit Parteiverkehr
- größeren Versammlungsräumen und –Hallen
- Krankenhäusern
- bei Gericht.

Außerdem wurde gefordert:

- Es sollen mehr Fernsehsendungen mit Untertitel angeboten werden.
- Beschwerden wurden geäußert, über den oft derben Umgangston gegenüber Menschen mit Hörproblemen
- Guthörende verwechseln in der Regel Schwerhörigkeit und ihre Korrekturmöglichkeit mit dem Tragen einer Brille, eine vergleichsweise einfache Lösung bei einer Fehlsichtigkeit. Hier muss eine qualifizierte Aufklärung der Bevölkerung angestrebt werden.
- Bittere Klagen wurden laut über die zumeist ungenügende Bereitschaft der Kommunen zur Übernahme von Kosten für entsprechende Infrastrukturmaßnahmen, mit dem Hinweis auf die "allzeit" schwierige Kassenlage. Dazu zählen vor allen Dingen die Investitionen in Induktionsanlagen, um hörbehinderten

Menschen eine Teilhabe (Partizipation) am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen.

Warum, so ein Beitrag, *"müssen gerade Menschen mit Behinderungen die Fehler der Banker und Wirtschaftsmanager ausbaden?"*

Ein großes Problem sei das Einbeziehen der Betroffenen selbst, in die Planung Von Infrastrukturmaßnahmen. Dieser Missstand trifft auch auf die Installation von Induktionsschleifen zu, zumeist mit der Folge eines unbefriedigenden Ergebnisses.

Leider war die Zeit zu kurz, sodass nicht alle Probleme und Lösungsvorschläge in die Diskussion eingebracht werden konnten.

---

Während der Mittagspause wurden im Steinernen Saal verschiedene Snacks bei Unterhaltungsmusik angeboten. Gut gemeint, aber die Blasmusikgruppe spielte zu laut für uns Schwerhörige. Eine Rückzugsmöglichkeit in einen ruhigen Nebenraum für Gespräche wäre wünschenswert gewesen.

Zwei ärztliche Psychologen standen während der Mittagspause als Ansprechpartner bei Depression zur Verfügung. Wie einer dieser Psychologen versicherte, sind Depressionen unter Personen mit Behinderungen, weit verbreitet.

---

Am Nachmittag trafen sich alle Teilnehmer im Senatssaal.

Während einer Podiumsdiskussion über die Ergebnisse der Arbeitsgruppen, konnten sich noch einige Teilnehmer zu Wort melden.

Hervorgehoben, bzw. gewünscht wurde:

- Die überfällige Bewusstseinsänderung in den Köpfen. Hier besteht ein erheblicher Nachholbedarf an Informationen und Aufklärung; darin waren sich alle einig.
- Der Abbau von physikalischen und mentalen Barrieren als Voraussetzung für eine inklusive Gesellschaft, wäre eine Bereicherung für die gesamte Bevölkerung, er muss intensiviert werden.
- Menschen mit Behinderungen sind durchaus Fachleute in eigener Sache. Sie wollen und müssen in die Beratung und Planung barrierefreier Maßnahmen einbezogen werden. Nicht ohne uns über uns!
- Die frühzeitige Einbeziehung der kommunalen Behindertenbeauftragten in die Beratungen ist erforderlich.
- Der Einbau von Induktionsanlagen für schwerhörige Menschen muss beschleunigt werden.
- Das Schriftdolmetschen soll neben der Gebärdensprache und den Lautsprachbegleitenden Gebärden in den Katalog barrierefreier Maßnahmen aufgenommen werden.
- Vielfach wurde im Bereich Barrierefreies Bauen und Technik der Wunsch nach Sanktionen und die Einführung eines "TÜV" geäußert.

- Gemäß Art.26 der UN-Behindertenrechtskonvention sind Hilfestellungen durch andere Menschen mit Behinderung zur Unterstützung behinderter Menschen erwünscht (peer support). Die Arbeit der Selbsthilfegruppen soll daher weiter gestärkt werden.
- Der gleichberechtigte Zugang zur Bildung als Grundlage für eine erfolgreiche Teilhabe (Partizipation) im Erwerbs- und Gesellschaftsleben ist anzustreben.
- Gemeinsame Schulung nimmt eine Schlüsselfunktion zu einem besseren Miteinander ein, deshalb ist der Zugang behinderter Menschen zu Allgemeinbildenden Schulen zu fördern.
- Förderschulen sollen als Beratungszentren weiter ausgebaut werden

Mit Artikel 1 des Grundgesetzes "*Die Würde des Menschen ist unantastbar*" begründete die Arbeitsgruppe 2 ihre Forderung:

- Blut- und Urinproben, sowie die Erfassung des Fingerabdrucks von Bewerbern auf den Arbeitsmarkt sind strikt abzulehnen.
- Die Einführung der tektonischen Gesundheitskarte muss gestoppt werden.
- Auf zukunftsweisendes Handeln aller Beteiligten sei besonderes Augenmerk zu richten, z.B. durch Qualitätslabels und Preisverleihungen wie: "Job-Erfolg für personenbezogene Beschäftigungsformen". Als weiteres Beispiel wäre der Jakob-Muth-Preis für Bildungseinrichtungen zu nennen.

Schließlich war noch die Forderung nach mehr Öffentlichkeitsarbeit und Aufklärung über sichtbare und unsichtbare Behinderungen (z.B.Schwerhörigkeit) und eine qualifiziertere Informationspolitik über Presse und Medien in die Diskussion gebracht.

In ihrer Abschlussrede machte die Landtagspräsidentin darauf aufmerksam, dass wohlfeiles Reden über Probleme nicht genügt. Stenographen der Parlamentsverwaltung hätten schriftlich festgehalten, was gesprochen wurde.

In den nächsten Monaten würden im Landtag über alle Parteien hinweg, die Themen dieses Tages in den Gremien bearbeitet und beraten, was verwirklicht und auf den Weg gebracht werden kann. Eine Behindertenpolitik nach Kassenlage, betonte die Präsidentin vehement, darf und wird es nicht geben! "*Behindertenpolitik mit dem Hinweis auf leere Kassen ist Verweigerung*" (mentale Barriere), "*keine Behindertenpolitik*"

Obwohl wegen der zeitlichen Begrenzung vorerst nur die Rahmenbedingungen für eine inklusive Gesellschaft angesprochen werden konnten, betonte die Gastgeberin, "*war dieser Tag ein voller Erfolg*". Trotzdem kann der Tag behinderter Menschen im Landtag nicht für sich allein bestehen; es muss weiter gearbeitet werden. Sie forderte uns auf: "*Gehen Sie hinaus, mit den Erfahrungen, die Sie von diesem Tag mitnehmen, in Ihre Wahlkreise, Landkreise und Kommunen. Tragen Sie Ihr Wissen in Ihr Umfeld*", die Betriebe, Verbände und Selbsthilfegruppen. "*Verbreiten Sie die Zielvorgabe von einer inklusiven Gesellschaft!*" Weiter appellierte sie an unsere Zivilcourage: "*Geben Sie nicht auf! Lassen Sie nicht nach mit Ihren Forderungen nach Barrierefreiheit*", damit voll umfängli-

che Teilhabe (Inklusion) aller Menschen am gesellschaftlichen Leben möglich wird.

Wir dürfen davon ausgehen, dass der Gesetzgeber mit dem Bayerischen Behindertengleichstellungsgesetz (BayBGG) und der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) im Bemühen um Barrierefreiheit als Voraussetzung für eine inklusive Gesellschaft, hinter uns stehen wird.

In zwei Jahren, 2012, sei bereits der zweite Tag behinderter Menschen im Bayerischen Landtag fest eingeplant. Dann werden wir erneut zusammentreten und über aktuelle Erfahrungen, Wünsche und Verbesserungsvorschläge diskutieren. *"Wir werden dann mehr Zeit und Gelegenheit für Details zur Verfügung haben."*

Die Präsidentin bedankte sich für unsere Mitarbeit und verabschiedete uns mit den besten Wünschen für ein gutes Gelingen künftiger sachbezogener Bemühungen.

Wir als Gäste durften an diesem Tag behinderter Menschen im Bayerischen Landtag beispielhaft erleben, wie Inklusion gelebt werden kann. Es war der Landtagspräsidentin und ihren Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen eine Ehrensache, dass alle Gäste an dieser Veranstaltung vollumfänglich teilhaben konnten. Alle von uns genutzten Räume waren barrierefrei zugänglich. Die Versammlungsräume; der Plenarsaal, die Bibliothek und der Senatssaal waren mit einwandfrei funktionierenden Induktionsanlagen ausgestattet, explizit für diesen Tag von der Firma Jaggo-Media gewartet und eingestellt. In der 17. Sitzreihe konnte ich silbenrein alle Beiträge verfolgen! Sechs Gebärdendolmetscher schlugen mit Gestik und Mimik kunstfertige Brücken zwischen gehörlosen Gästen und Guthörenden.

In einer überaus herzlichen Atmosphäre fühlten wir uns durchgehend willkommen. Wir waren über sämtliche Stunden dieses Tages hinweg vollwertige Gesprächspartner, mittendrin in der Versammlung, nicht am Rande. Alle Ansprechpartner schenkten uns in den Diskussionsrunden ihre volle Aufmerksamkeit. Unsere vielfältigen Schwierigkeiten und Wünsche waren den Mitarbeitern des Landtages wichtig, wurden ernsthaft diskutiert und festgehalten.

---

Schlussfolgerung für unsere Selbsthilfegruppe:

In unserer Selbsthilfegruppe Schwerhörige Ertaubte CI-Träger Erlangen verfügen wir über eine Dauerleihgabe der Stadt Erlangen, eine mobile Funkmikrofon(FM)-Anlage. Damit können wir bereits bei unseren Gruppentreffen barrierefrei kommunizieren.

Wir pflegen bei unseren Treffen eine kommunikationsfreundliche Kultur, mit dem Leitspruch *"Jeder soll jeden hören und verstehen können - Jeder soll sich verständlich machen können."* Wir bieten bei unseren Veranstaltungen, unsere Erfahrungen und unser Wissen an, mit deren Hilfe sich jeder Ratsuchende ein eigenes Urteil bilden kann, das ihn hoffentlich zu einer befriedigenden Lösung

führen wird. Jeder soll seine Autonomie bewahren, auch bei seinen Entscheidungen. Jeder soll seine Identität wahren, keiner muss seine Schwerhörigkeit verbergen. So ist innerhalb der Gruppe Inklusion relativ weit fortgeschritten; eine kleine heile Welt. Wir freuen uns über die Bereitschaft der Stadt Erlangen durch ihre Ansprechpartner, den Behindertenbeauftragten und die Bürgermeisterin für Soziales, dass sie auf uns zukommen, uns anhören und sich für neue Induktionsanlagen einsetzen, beziehungsweise vorhandene Induktionsanlagen betreuen.

Inklusion ist jedoch eine große Herausforderung für die Gesellschaft. Wir werden unser Ziel mit Geduld und Ausdauer verfolgen müssen. Die Kontakte zu den Ansprechpartnern müssen weiterhin erhalten und gepflegt werden. Wir dürfen nicht aufgeben und nicht nachlassen mit unseren Forderungen nach mehr barrierefreien, mit qualitativ hochwertigen Induktionsanlagen ausgestatteten Verwaltungsräumen mit Parteiverkehr, öffentlichen Versammlungsräumen und -hallen, Bildungseinrichtungen, Bühnen, Kirchen usw.

In Erlangen und besonders in den umliegenden Städten und Gemeinden besteht ein großer Nachholbedarf bezüglich Barrierefreiheit. Mit vielen kleinen Schritten werden wir dem Ziel der umfassenden Teilhabe (Partizipation) aller Menschen am gesellschaftlichen Leben ein gutes Stück näher kommen. Jeder von uns wird nach seinen Möglichkeiten an der inklusiven Gesellschaft zugunsten Hörgeschädigter mitwirken, da bin ich sicher.

Cäcilie Trautner

### ***Literatur:***

- UN-Behindertenrechtskonvention,  
s. <http://de.wikipedia.org/wiki/UN-Behindertenrechtskonvention>
- Bayerisches Gesetz zur Gleichstellung, Integration und Teilhabe von Menschen mit Behinderung,  
s. <http://www.stmas.bayern.de/behinderte/politik/baybgg.htm>
- Online-Magazin des Bayerischen Landtags  
s. <http://www.maximilianeum-online.de>
- Jakob-Muth-Preis für inklusive Schule  
s. <http://www.jakob-muth-preis.de>
- Integrationspreis "JobErfolg"  
s. <http://www.zbfs.bayern.de/integrationsamt/>  
(Ausschreibung für 2010 bei "Aktuelles", dort auch Link zu den früheren Preisverteilungen)

Für alle Begriffe siehe auch [google.de](http://google.de) für weitere Treffer im Internet.